



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

vom 28. Dezember 2021

Jochen Haußmann: Arbeitsplätze statt Ausgleichsabgabe wären besser

Knapp vier Millionen Euro vom Land für Behindertenprojekte

„Für fünf Behindertenprojekte im Rems-Murr-Kreis wurden für 2021 rund vier Millionen Euro Förderung des Landes zugesagt“, sagt der FDP-Landtagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagfraktion Jochen Haußmann aus Kernen: „So weit, so erfreulich“.

Es gibt aber ein Aber: Zum Teil stammen die Mittel aus den Ausgleichsabgaben, die Betriebe zahlen müssen, die keine Arbeitsplätze für Schwerbehinderte bereitstellen. Das betrifft Unternehmen, die mehr als 20 Arbeitsstellen anbieten, aber nicht die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen (fünf Prozent der Belegschaft) beschäftigen, sagt das Sozialministerium, das die Mittel verteilt und durch Landesmittel aufstockt. Daraus erhielten die Diakonie Stetten etwas über eine Million Euro für das Projekt „Wohnhaus Waiblingen“ und über 2,5 Millionen für das Projekt Wohnhaus für behinderte Menschen (WfbM „Satellit C – CSC“, Waiblingen. „In beiden Fällen sind das erste Tranchen, es kommen also noch weitere Zuschüsse“, sagt Jochen Haußmann. Das gilt auch für das Wohnhaus Ringstraße Winnenden der Paulinenpflege in Winnenden, das rund 313.000 Euro aus der Ausgleichsabgabe erhält und weitere etwas über 104.000 Euro aus Landesmitteln. Komplette finanziert ist der Förder- und Betreuungsbereich der Nikolauspflege im Limeshof Welzheim, in diesem Fall aus den Haushaltsmitteln des Landes.

„Bedauerlich ist es in diesem Zusammenhang, dass das Land Baden-Württemberg Jahr für Jahr selbst Ausgleichsabgabe entrichten muss, weil es seine Quote zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung in Baden-Württemberg nicht erreicht“, sagt Jochen Haußmann: „Weil die Pflichtquote von fünf Prozent nicht erfüllt wird, waren 2019 rund 1,7 Millionen Euro Ausgleichsabgabe fällig. Das sind rund zehn Prozent der Mittel, die zur Investitionsförderung für Behinderteneinrichtungen verteilt werden.“ Jochen Haußmann: „Arbeitsplätze statt Ausgleichsabgabe sind für Schwerbehinderte auf jeden Fall besser.“